

Kulturpolitik und kulturelle Diversität – Kanada-Europa-Österreich

Zusammenfassung einer Podiumsdiskussion

Am Podium:

Andrea Ellmeier, Historikerin, österreichische kulturdokumentation. internationales archiv für kulturanalysen, Österreich

Bernhard Perchinig: Migrationsexperte, Universität Wien

Greg Baeker: Universität von Toronto/Co-operative Program in Arts Management, Kanada

Tony Bennett: Professor für Soziologie und Direktor des Pavis Centre for Social and Cultural Research, The Open University, Großbritannien

Moderator:

Bela Rasky, Historiker, Direktor des Budapester Büros des Österreichischen Ost- und Südosteuropainstituts

19. Juni 2000

Andrea Ellmeier eröffnet die Diskussion mit der wichtigen Frage nach dem Stellenwert unterschiedlicher Traditionen bei der Behandlung des Themas der kulturellen Diversität. Sie stellt eine Verbindung zwischen kultureller Diversität und gleichem Zugang zur Kultur für verschiedene Gruppen innerhalb der Gesellschaft her, und zwar unabhängig von ihrer Herkunft, Klassenzugehörigkeit, Ethnie und ihrem Geschlecht. Sie verweist auf die Relevanz gesellschaftlicher und politischer Fragen, wie sie von zeitgenössischen Künstlergemeinschaften vertreten werden und zitiert in diesem Zusammenhang Magdalena Grossman, die schreibt: "Kultur ist also in der New Economy allgegenwärtig. Sowohl das Produkt als auch der Vorgang des schöpferischen Tuns können als Marktfaktoren absorbiert werden." Abschließend erinnert Ellmeier an die Notwendigkeit eines "neuen Gesellschaftsvertrages", der diese wichtigen Fragen berücksichtigt.

Bernhard Perchinig präsentiert eine Analyse der kulturellen Diversität im Verlauf der österreichischen Geschichte. "In der Habsburger-Monarchie war die kulturelle Diversität stets ein wichtiges Thema, doch ist die Monarchie damit nicht zu Rande gekommen." Während der Ersten Republik gab es so gut wie keine Diskussion über die Frage der kulturellen Diversität; der wesentliche Faktor in diesem historischen Zeitraum war die Kluft zwischen den laizistischen Sozialdemokraten und den katholischen Konservativen. Laut Perchinig wurde dieser Zeitraum in der Geschichte Österreichs gewissermaßen als eine "kulturelle Wende" gesehen, der die Vorstellung der Schaffung eines "neuen Österreichs" zugrunde lag. Durch die Besetzung Österreichs durch Nazideutschland wurde nicht nur der Begriff der kulturellen Diversität sondern auch die Protagonisten der kulturellen Diversität, die Juden, vernichtet. In den sechziger und siebziger Jahren beteiligten sich die beiden großen

politischen Lager, die Österreichische Volkspartei und die Sozialistische Partei, an der Kulturdiskussion. Diese Situation führte, so Perchinig, "zu einer Stagnation nicht nur von Wirtschaft und Politik sondern auch der kulturellen Hervorbringungen." Es war der Gruppe 66 und Autoren wie Peter Handke, Peter Rosei und Ingeborg Bachmann zu verdanken, daß zu jener Zeit versucht wurde "Österreich weltoffen zu machen". Die siebziger Jahre, also die Ära der Regierung Kreisky, bezeichnet Perchinig als Moment eines historischen Wandels, in dem "die Kluft zwischen den beiden Lagern überbrückt wurde, indem man eine Gesellschaft aufbaute, die nicht so sehr auf die Unterschiede zwischen den Parteien abstellte, sondern sich auf ein allgemeines Selbstverständnis als Teile eines gemeinsamen politischen Systems stützte." Dabei ging es vor allem um die Frage der österreichischen Identität, nämlich darum, ob sich die Österreicher als eigene Nation oder in gewisser Weise noch immer als Teil der deutschen Nation sahen.

Perchinig erinnert daran, dass Meinungsumfragen in den sechziger und siebziger Jahren ergeben hatten, dass die Mehrheit der Österreicher und Österreicherinnen ihr Land nicht als eine eigene Nation sahen; heute sei diese Frage vollkommen überholt. Schließlich wendet sich Perchinig den siebziger Jahren als einer Zeit zu, in der größere nationalistische Konflikte ausbrachen, wie z.B. jener in Kärnten, als der *Kärntner Heimatdienst* gewaltsam zweisprachige (deutsch-slowenische) Ortstafeln entfernte. Dies führte in weiterer Folge zu einer umfassenderen Diskussion über die österreichische Minderheitenpolitik, z.B. Österreichs Politik gegenüber Gastarbeitern, die darauf hinauslief, "vor allem Menschen aus der Türkei und Jugoslawien nach Österreich einzuladen, um hier kürzere Zeit zu arbeiten und dann in ihre Heimatländer zurückzukehren."

Greg Baeker erläutert Kanadas führende Rolle auf dem Gebiet von Multikulturalismus und Diversität (Charta und Multikulturalismus-Gesetz 1988) und vergleicht geschichtliche Tatsachen mit der gegenwärtigen Einwanderungspolitik: "Die Ausbeutung chinesischer Einwanderer, die im 19. Jahrhundert beim Bau der staatlichen Eisenbahnen eingesetzt wurde, ist alles andere als ein Ruhmesblatt unserer Geschichte. Im Gegensatz dazu nimmt Kanada heute jährlich mehr Einwanderer pro Kopf der Bevölkerung auf als irgendein anderes Land der Welt, und unser Bevölkerungswachstum stützt sich auch weiterhin auf Einwanderer." Obgleich Kanada "das erste Land der Welt ist, das rassistische Gründe für ein Einwanderungsverbot geächtet hat", weisen Vertreter vor allem jener Minderheiten in Kanada, die von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, immer wieder auf systemimmanente Beschäftigungsbeschränkungen und Lohndiskriminierung hin und beklagen den Mangel an Möglichkeiten, diese Missstände vor die Gerichte zu bringen. Ein zweiter wichtiger Faktor des kanadischen Multikulturalismus ist die Zweisprachigkeit des Landes mit rechtlicher Gleichstellung von Kanadiern englischer und französischer

Muttersprache. Die damit zusammenhängenden Fragen sind äußerst heikel. So "ist etwa Quebec nicht daran interessiert, auf den Status einer von vielen ethnischen Gruppen in Kanada reduziert zu werden". Das letzte Thema, das Baeker anspricht, betrifft den Status der Ureinwohner in Kanada. Erst vor kurzem, und in Baekers Augen viel zu spät, hat Kanada die Rechte dieser Minderheit anerkannt. Inzwischen hat ein eigenes Netz äußerst erfolgreicher Fernsehstationen dieser Minderheit den Weg für die Schaffung weiterer Medien geebnet, die sich der Bedürfnisse und Interessen der Urbevölkerung annehmen.

Der letzte Sprecher, Tony Bennett, beginnt seine Ausführungen mit einem kritischen Blick auf das Vokabular der "social inclusion" ("gesellschaftliche Integration"), das "eine seltsame Mischung aus liberaler Betroffenheit über das Phänomen der Armut und einer eher konservativen Betroffenheit in Bezug auf die moralische Integration und die Gesellschaftsordnung darstelle." In seiner Analyse der kulturellen Diversität bezieht sich Bennett weniger auf autochthone Gemeinschaften, wie sie etwa in Österreich bestehen, als auf indigene Bevölkerungen in Ländern wie Kanada oder Australien. In dieser Hinsicht sieht Bennett die größte Herausforderung in den Grundsätzen der Identität, wie sie von der betreffenden Nation artikuliert werden. Die kulturellen Bedürfnisse von Diaspora-Gemeinschaften bestehen nicht lediglich in der "kulturellen Gleichberechtigung aller Mitglieder der Gesellschaft", sondern "im Wunsch, spezifische kulturelle Traditionen aufrecht zu erhalten und weiter zu entwickeln, die die Rolle von Kristallisationskernen eines Kulturlebens bilden, das gegenüber dem nationalen *mainstream* seine Eigenständigkeit bewahrt." Bennett betont, dass im politischen Leben und in der Formulierung der Politik eines Landes getroffene Unterscheidungen auch zu unterschiedlichen Identitäten führen. Er zitiert in diesem Zusammenhang James Clifford, den amerikanischen Theoretiker der Diasporas und indigener Kulturen, der ausführt, dass Diasporakulturen, die durch globale Migrationen (von der Zeit des Kolonialismus bis in die Postkolonialzeit) entstanden sind, im typischen Fall Identitäten vermischen, die einerseits eine Identifikation außerhalb des nationalen "Raum-Zeit-Gefüges" aufrecht erhalten, um andererseits ihr Verschiedensein innerhalb dieses nationalen Raum-Zeit-Gefüges zu leben. Das letzte von Bennett angesprochene Thema ist die Schlüsselfrage der Staatsbürgerschaft, die für ihn stets auf die eine oder andere Weise eine "Art Verschwörung gegen Ausländer" darstellt. Er erklärt diese provokante Definition der Staatsbürgerschaft mit dem Hinweis, es handle sich dabei um einen Begriff, der Personen von bestimmten gesetzlichen und bürgerlichen Rechten ausschließt. Bennett schließt seine Ausführungen mit der Aussage, dass man Kultur als "Felder der Verschiedenheit und als Bollwerk einander überdeckender Ströme" sehen sollte, "die einander in Form unterschiedlicher geschichtlicher Abläufe überschneiden."